



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion / Fischer-Pinz, Brit-Meike / Detje, Christin / Schaefer, Michael / SPD-Fraktion / GRÜNE-Fraktion / Volt-Fraktion / FDP-Fraktion / Fraktion Die Linke Harburg / Wacker, Dennis / Kizil...	Drucksachen-Nr.: 22-2048 Datum: 07.09.2026
--	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

Gemeinsamer Antrag CDU, SPD, GRÜNE, Volt, FDP, Fraktion Die Linke Harburg, fraktionslosen Abgeordneten Dennis Wacker (SPD), Mehmet Kizil (SPD), Benizar Kizil (SPD) und Markus Sass (SPD) betr. Personelle Ausstattung der Harburger Mütterberatung

Sachverhalt:

Die Angebote der Mütterberatungsstellen des Harburger Gesundheitsamtes bieten Familien mit Neugeborenen und Kleinkindern wichtige und umfassende Beratung und Unterstützung. Gerade auch für Familien mit hoher gesundheitlicher und psychosozialer Risikostruktur sowie im Hinblick auf die Entwicklung einer tragfähigen Eltern-Kind-Bindung handelt es sich um ein Angebot mit hoher Präventionswirkung, dem gerade in einem stark wachsenden Bezirk mit in Teilen sehr schwacher Sozialstruktur und hoher diesbezüglicher Bedürftigkeit eine äußerst wichtige Bedeutung zukommt. Nun scheint es – gerade auch vor dem Hintergrund auslaufender „LBK-Rückkehrer-Stellen“ - zu einer Verminderung der personellen Ausstattung der Mütterberatung in Harburg zu kommen, die eine unbedingt zu vermeidende Einschränkung des bisherigen Unterstützungs- und Beratungsangebotes befürchten lässt.

Petition/Beschlussvorschlag:

Die Bezirksversammlung beschließt:

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich beim Senat und bei den zuständigen fachbehördlichen Stellen mit hoher Dringlichkeit dafür einzusetzen, dass ein Wegfall oder Abbau von Stellen in der Mütterberatung des Gesundheitsamtes Harburg perspektivisch verhindert und das bestehende Angebot vollständig aufrecht erhalten wird. Ein möglicher personeller Verlust durch auslaufende „LBK-Rückkehrer-Stellen“ möge in angemessener Weise kompensiert werden, um das dringend erforderliche Beratungs- und Unterstützungsangebot vollumfänglich in der bisherigen Weise und im Sinne der Harburger Familien fortführen zu können.

Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, kurzfristig im Ausschuss für Soziales, Integration, Gesundheit und Inklusion (SIGI) über das aktuell zur Verfügung stehende Beratungs- und Unterstützungsangebot der Mütterberatung des Gesundheitsamtes Harburg und die diesbezügliche Entwicklung zu berichten. Dabei möge sowohl auf den Umfang, die inhaltlichen Schwerpunkte sowie die Nutzung des Angebotes eingegangen werden als auch auf die aktuelle und perspektivische Stellensituation.

Hamburg, am 04.09.2026